

## BA Welche Hausordnung für Europa?

VON JOSEF JOFFE

Der 17. Juni ist ein unbequemer Feiertag geworden. Nach dem Aufstand vor 35 Jahren, der praktisch schon am selben Abend von sowjetischen Panzern niedergeschlagen wurde, erhob der Bundestag den 17. Juni zum „Tag der Einheit“, mithin zum Ersatz-Nationalfeiertag, mit dem sich die Westdeutschen seitdem immer schwerer getan haben. Zuerst verflog angesichts der Realitäten die Adenauersche Mär von der Wiedervereinigung im „Anschluß“-Verfahren. Dann begann Bonn sich mit Ostberlin zu arrangieren; schließlich ist daraus, heute, fast eine stille Allianz geworden.

Sie läßt sich rhetorisch an den hüben wie drüben beschworenen Parolen von der „Verantwortungsgemeinschaft“ ablesen, an Sätzen wie „von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“, die einem Honecker so flüssig über die Lippen laufen wie einem Kohl. In der realen Politik sind beide deutschen Staaten Vorreiter der Entspannung geworden, eifrig darauf bedacht, den eigenen zentraleuropäischen Raum gegen die Widerwärtigkeiten der Weltpolitik abzuschotten. Wirtschaftlich ist Bonn nachgerade zum Garanten geworden – als verlässlicher großer Bruder, der mit seinen Milliarden nicht nur für relatives Wohlergehen, sondern auch für innere Stabilität sorgt. Da will niemand mehr an die peinlichen und peinsamen Ereignisse vor 35 Jahren erinnern; da ist im Laufe der Jahre fast verschämt der 23. Mai (der Verfassungstag) zum neuen Ersatz-Nationaltag geworden.

Und doch lohnt es sich gerade heute, wenn auch im größeren Gefüge, über den 17. Juni nachzudenken. Historisch gesehen, bedeutet der 17. Juni zweierlei. Mit ihren Panzern signalisierte die Sowjetunion damals, daß niemand – weder ostdeutsche Arbeiter noch westdeutsche Stärkepolitiker – ihr nehmen könne, was sie sich als Siegestrophäe des Zweiten Weltkriegs angeeignet hatte: Europas innere Grenze war und blieb die Elbe. Zweitens demonstrierte der Aufstand, was fürderhin die größte Bedrohung für das sowjetische Imperium in Osteuropa blieb: die unheimliche Wechselwirkung zwischen (äußerer) Entspannung und (innerer) Destabilisierung.

Der Arbeiteraufstand in der DDR folgte dem Kurz-Tauwetter nach Stalins Tod im März, die Revolution in Ungarn (1956) der von Chruschtschow verordneten „Entstalinisierung“, der Einmarsch in Prag (1968) der ersten zögerlichen Détente der 60er Jahre, die Selbstinvasion Polens der größer angelegten Entspannung in den 70er Jahren. Heute, da „Neues Denken“ und Perestrojka, Atom-Abrüstung und Afghanistan-Abzug, von Umbrüchen künden, die vor fünf Jahren noch unvorstellbar gewesen wären, stellt sich die Frage nach der perversen Dialektik der Entspannung erneut – und mit bohrender Dringlichkeit. Dahinter steht die nicht minder quälende Frage: Was soll, was kann der Westen tun?

### „Neue Perspektiven“ der Sicherheit

Da traf es sich gut, daß just am vorigen Wochenende in Potsdam, wo die drei Siegermächte 1945 das Schicksal der Mächtegern-Hegemonialmacht Preußen-Deutschlands besiegelten, ein Ereignis ablief, das vor fünf Jahren ebenfalls unvorstellbar gewesen wäre. Das New Yorker „Institut für Ost-West Sicherheitsstudien“ hatte unter der Schirmherrschaft des DDR-Außenministeriums 150 Größen aus Ost und West eingeladen, um über „Neue Perspektiven“ in der Sicherheitspolitik nachzudenken. Aus Washington waren der Handelsminister und der zweite Mann im *State Department* eingeflogen, aus Moskau der Vize-Außenminister. Hans-Dietrich Genscher („es bewegt mich tief“) konnte seinen ersten offiziellen Auftritt in der DDR zelebrieren; zum Schluß lud Erich Honecker zum Stehempfang.

Das Wort „historisch“ fiel unentwegt; desgleichen das Leitmotiv vom „gemeinsamen europäischen Haus“. Freilich fand Genschers Enthusias-

mus („die historische Chance nutzen“) weder bei den Westmächten noch bei DDR-Außenminister Fischer den gleichen begeisterten Widerhall. Das Problem brachte Fischer auf den Punkt, als er zunächst seine Zuhörer aufforderte, die „Realitäten so zu akzeptieren wie sie sind“, dann den Alten Fritz zitierte („ein jeder möge nach seiner Fassung selig werden“) und schließlich seinen Entwurf für das „europäische Haus“ vorlegte: Keiner bestimmt allein über die Hausordnung, doch „in der eigenen Wohnung ist jedermann sein eigener Herr“. Will sagen: Entspannung, Abrüstung und Wirtschaftsverbund ja; innere Demokratisierung nur nach eigenem Belieben. „Ideologische Differenzen,“ so der Minister, „dürfen die zwischenstaatlichen Beziehungen nicht stören.“

### „Geheimpolizisten im Keller“

Freilich macht es sich der DDR-Chefdiplomat damit zu leicht. Überspitzt ausgedrückt: Was ist, wenn der Nachbar seine Kinder schlägt, oder – wie es der britische Vize-Außenminister David Mellor formulierte – „Stacheldraht im Garten und Geheimpolizisten im Keller“ das häusliche Klima vergiften? Es sind ja nicht bloß „Ideologie“ oder die vorgeschobenen Argumente Kalter Krieger, die den Westen hellhörig für das machen, was hinter des Nachbarn Wand geschieht. Niemand erwartet, daß schon morgen die Mauer abgerissen und hernach im Ostblock eine blütenweiße Demokratie errichtet wird. Dennoch besteht ein Zusammenhang zwischen „gemeinsamer Sicherheit“ und dem Verfahren, nach dem nebenan die Bürger regiert und reglementiert werden.

Die oft sterile, weil routinemäßig in Aufrechterhaltung endende Menschenrechtsdiskussion hat der amerikanische Vize-Außenminister White-

head in Potsdam in einen bedenkenswerten Rahmen gestellt: Es bestehe eine enge Verbindung zwischen der Art und Weise „wie ein Staat die eigenen Bürger behandelt und wie er sich nach außen verhält.“ Und: „Je größer der Grad der politischen Freiheit und Offenheit im Inneren eines Landes, desto geringer das Risiko, daß es zur Bedrohung für die Außenwelt wird.“ Sicherheit, die erste Bedingung für ein gemeinsames Haus mit einem sehr großen und vielen kleinen Mietern, ist ja nicht nur eine Sache von Verträgen und Gleichgewicht, sondern auch von Vertrauen. Vertrauen wiederum bedingt Öffnung und Offenheit, ebenso wie Handel und Wandel durchlässige Grenzen nicht nur für Waren, sondern auch für Menschen und Ideen voraussetzen.

Was wiederum zurückführt zum 17. Juni vor 35 Jahren. Wenn, wie die Ereignisse von 1953, 1956, 1968 und 1981 bezeugen, äußere Entspannung inneren Druck freisetzt, dann hat der Osten eine Bringschuld, die ihm der Westen auch beim besten Willen nicht abnehmen kann – und zwar genau im Sinne jenes „gemeinsamen Hauses“, das Europa eine menschenwürdigere Existenz verschaffen soll. Der Westen kann helfen, indem er Abrüstung anbietet, wo sie größere Stabilität verheißt – Wirtschaftshilfe, wo sie nicht bloß Schulden gebiert, sondern ein Mehr an Konsum. Indes kann den *inneren* Druck – den Drang nach mehr Bewegungsfreiheit und weniger Reglementierung – nur der Osten selbst abbauen, indem er dem Bürger gibt, was des Bürgers ist. Denn: Was nützt die schönste Entspannung, wenn sie erneut in inneren Aufruhr und dann in gewaltsamer Niederwerfung mündet?

Anders als Chruschtschow und Breschnew hat Gorbatschow den Weg der „inneren Entspannung“ bereits beschritten. Wie lang dieser Weg aber im anderen Deutschland noch ist, zeigte die „Potsdamer Konferenz 1988“: Eine Hundertschaft Geheimpolizisten hatte Tagungshaus und Interhotel abgeriegelt – nicht um Terroristen, sondern um die eigenen Bürger abzuschrecken: Auf daß sie nicht demonstrieren und schon gar nicht sich infizieren von jenen, die gekommen waren, um das Neue Denken zu zelebrieren.

y.